

Hiemenz, Ulrich et al.

Working Paper — Digitized Version

Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands: Vor der Entscheidung für die Marktwirtschaft?

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 196

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Hiemenz, Ulrich et al. (1992) : Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands: Vor der Entscheidung für die Marktwirtschaft?, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 196, ISBN 3894560363, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/482>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

196

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands
Vor der Entscheidung für die Marktwirtschaft?

Inhaltsverzeichnis

I. GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	3
1. Produktion, Beschäftigung, Investitionen, Preise und Löhne.....	3
2. Wirtschaftsbeziehungen mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion	6
3. Drittländerhandel und Zahlungsbilanz	7
II. STAND DER REFORMPOLITIK	8
1. Öffentliche Haushalte	8
2. Geld- und Währungspolitik.....	10
3. Der ordnungspolitische Rahmen	11
III. DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE DER PRIVATEN HAUSHALTE	14
1. Einkommen und Verbrauch	14
2. Soziales Sicherungssystem	15
IV. WIRTSCHAFTSPOLITISCHE PERSPEKTIVEN.....	16
1. Ausgangslage	16
2. Orientierungslinien für die Reform der Wirtschaftspolitik	16
3. Voraussetzungen und Chancen westlicher Hilfe.....	17
V. UMWELTPROBLEME.....	18
ANHANGTABELLEN.....	20
LITERATURVERZEICHNIS	23

Dieser Bericht wurde Anfang November 1992 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft haben Ulrich Hiemenz, Matthias Lücke, Holger Schmieding und Klaus Schrader mitgewirkt. Der Bericht wurde auch vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, im DIW-Wochenbericht, Nr. 50/92, und vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle in der IWH-Forschungsreihe veröffentlicht.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

**Die wirtschaftliche Lage Weissrusslands - vor der Entscheidung
für die Marktwirtschaft?** / Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin... - Kiel: Inst. für
Weltwirtschaft, 1992

(Kieler Diskussionsbeiträge; 196)

ISBN 3-89456-036-3

NE: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung <Berlin>; GT



Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Postfach 43 09, D-2300 Kiel 1

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung ist es auch nicht
gestattet, den Band oder Teile daraus

auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

Der Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 22. Mai 1992 dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, dem Institut für Weltwirtschaft, Kiel, und dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle einen Forschungsauftrag mit dem Titel "Die wirtschaftliche Situation Rußlands und Weißrußlands — wirtschaftliches Potential und mögliche Entwicklungslinien" erteilt. Es handelt sich dabei um das erste Teilprojekt einer für mehrere Jahre konzipierten Analyse der Reformprozesse in Rußland und Weißrußland, die mit einer Beratung der Regierungen und Parlamente dieser Länder verbunden werden soll. Die beteiligten Institute legen hiermit einen Zusatzbericht über Weißrußland vor. Eine erste, kurze Stellungnahme wurde bereits in Verbindung mit dem ersten Bericht zu Rußland abgegeben.

Bei diesem Bericht handelt es sich schwerpunktmäßig um den Versuch einer Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Lage Weißrußlands. Der nach wie vor ausstehende institutionelle Umbruch und das Fehlen eines zuverlässigen Berichtssystems erschweren eine genaue Analyse. Die Institute waren deshalb darauf angewiesen, die erheblichen Informationslücken durch Befragungen von staatlichen Stellen und einheimischen Wissenschaftlern vor Ort zu schließen. Dennoch sind in Teilbereichen erhebliche Unsicherheiten über den tatsächlichen Ablauf des Transformationsprozesses verblieben.

Nach den Vorstellungen des Auftraggebers sollte der Bericht im Umfang knapp gehalten werden. Er konzentriert sich deshalb auf die wichtigsten Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung und der Reformpolitik in Weißrußland.

I. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

1. Produktion, Beschäftigung, Investitionen, Preise und Löhne

Produktion

Seit 1990 sinkt das produzierte Nationaleinkommen Weißrußlands (Tabelle 1)¹. Die Talfahrt hat sich nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem damit einhergehenden Zusammenbruch der interrepublikanischen Handelsbeziehungen stark beschleunigt (Januar–August 1992: –15 vH) [Goskomstat Belarus', d, S. 3]. Eine Trendwende ist noch nicht in Sicht.

Die Industrieproduktion trug 1991 zum produzierten Nationaleinkommen mehr als 50 vH bei.² Besonderes Gewicht kommt dem Maschinenbau (26 vH der Industrieproduktion), der Nahrungsmittelindustrie (25 vH), der Leichtindustrie (20 vH) sowie der chemischen und petrochemischen Industrie (7 vH) zu.³ Im Gegensatz zu Rußland und anderen ehemaligen Unionsrepubliken sind rohstoffnahe Branchen (Stahlindustrie, NE-Metallurgie) nur in geringem Maße vorhanden.

Die weißrussische Industrie war hochgradig in den Wirtschaftsraum der UdSSR integriert und hatte in einigen Zweigen beachtliche Anteile an der Gesamtproduktion der ehemaligen UdSSR (z.B. Chemiefasern: 31 vH; Farbfernseher: 18 vH) [Goskomstat SSSR, 1991, S. 360]. Der Zusammenbruch der langjährigen Lieferbeziehungen hat die weißrussische Industrie hart getroffen.

¹ Mit produziertem Nationaleinkommen ist das Nettomaterialprodukt gemeint. Es entspricht im wesentlichen dem Volkseinkommen abzüglich des Wertes der öffentlichen Dienstleistungen. Angaben über das Volkseinkommen oder das Nettomaterialprodukt in Weltmarktpreisen sind nicht verfügbar.

² Nach IMF-Angaben arbeiten im Industriesektor 31 vH der Gesamtbeschäftigten [IMF, a, S. 3].

³ Vgl. Tabelle A1. Inwieweit die Rüstungsindustrie statistisch erfaßt ist, ist nicht bekannt. In der Rüstungsindustrie waren 1985: 17,6 vH der im industriellen Sektor Arbeitenden beschäftigt [Radio Free Europe, Radio Liberty, 1992]. Auch heute ist die Rüstungsindustrie nach Angaben unserer Gesprächspartner in Minsk bedeutend.

Tabelle 1 — Wirtschaftsindikatoren (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH)

	1988	1989	1990	1991	1992 ^a
Produziertes Nationaleinkommen	2,4	7,9	-3,2	-3,0	-15
Industrieproduktion	6,3	4,6	2,1	-1,5	-14,2
Landwirtschaftliche Produktion	-7,3	8,9	-8,7	-4,9	.
Investitionen	2,0	10,0	9,0	-8,0	-19
Inbetriebnahme von Anlagevermögen	-3,0	3,0	8,0	-18,0	.
Einkommen, nominal	9,9	11,7	17,7	92,0	670 ^b
Einzelhandelspreise	.	1,7	4,5	80,3	960 ^b
Einzelhandelsumsatz	6,4	9,0	14,7	-0,5	-28

^aJanuar–August 1992. — ^bStand: August 1992.

Quelle: Goskomstat Belarus' [c, S. 7, 9, 166; d, S. 1–3, 71]; IMF [a].

Der Rückgang der weißrussischen Industrieproduktion (1991: -1,5 vH) hat sich in den ersten acht Monaten 1992 dramatisch beschleunigt (-14 vH). Besonders deutlich sind die Einbrüche in der Brennstoffindustrie (-39 vH), in der Nahrungsmittelindustrie (-24 vH) sowie in der chemischen und petrochemischen Industrie (-17 vH). Unterdurchschnittlich dagegen war der Rückgang in der Leichtindustrie (-2 vH) [Goskomstat Belarus', d, S. 6].

Die Industriestruktur ist durch einen hohen Konzentrationsgrad gekennzeichnet: Viele Großbetriebe verfügen binnenwirtschaftlich über Angebotsmonopole oder ihnen nahekommende marktbeherrschende Positionen. Nur 5 vH der Betriebe liefern 53 vH der gesamten Industrieproduktion. Der Anteil kleinerer und mittlerer Betriebe (bis 500 Beschäftigte) an der Industrieproduktion ist gering (12 vH).⁴ Der Anteil der Staatsbetriebe an der gesamten Industrieproduktion nimmt nur langsam ab (April 1992: 85 vH) [Goskomstat Belarus', c, S. 335].

Angesichts des hohen Konzentrationsgrades ist die Schaffung von mehr Wettbewerb dringend geboten. Wichtige Impulse können kurzfristig von einer Öffnung für internationale Konkurrenz ausgehen. Sie würde einen Druck auf Kosten und Preise ausüben, zur Besserung der Qualität einheimischer Produkte beitragen sowie Anreize für die Entflechtung der Industriegiganten und die Umstrukturierung der Produktion geben. Der Anpassungsdruck von außen muß durch Subventionsabbau, Akzeptanz einer harten Budgetrestriktion und auch Mittelstandsförderung verstärkt werden.

Der Agrarsektor hatte 1991 bei einem Anteil von 19 vH an den Gesamtbeschäftigten einen Anteil von 23 vH am produzierten Nationaleinkommen.⁵ Die Agrarstruktur ist durch ein großes Gewicht der Viehwirtschaft (1991: 60 vH der Agrarproduktion) gekennzeichnet. 1990 machten der Kartoffelanbau 14 vH und der Getreideanbau 8 vH aus [IMF, a, S. 34]. Im Rahmen des interrepublikanischen Handels wurden vor allem tierische Produkte ausgeführt, während Getreide und Futtermittel — vornehmlich aus der Ukraine und Kasachstan — eingeführt werden mußten. Seit 1990 ist ein z. T. auf den Ausfall ukrainischer Futterlieferungen zurückzuführender Produktionsrückgang zu beobachten, der sich in den ersten acht Monaten 1992 offensichtlich beschleunigt und in der dramatisch sinkenden Nahrungsmittelproduktion (-18 vH) widerspiegelt hat [Goskomstat Belarus', d, S. 1].

Der neuralgische Punkt der Agrarpolitik ist, daß die Reform der Landwirtschaft hinter den angekündigten Programmen zurückbleibt. Zwar wurde eine Reihe von Gesetzen, die die Grundlage für den Übergang zu einer

⁴ Materialien überreicht von Gosekonomplan; keine Jahresangabe.

⁵ IMF [a, S. 3]. Durch die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl wurde die weißrussische Landwirtschaft hart getroffen, etwa 20 vH der landwirtschaftlichen Anbaufläche sind nur bedingt nutzbar (vgl. Kapitel V).

marktwirtschaftlich orientierten Landwirtschaft bilden könnten, beschlossen, doch wurde mit der Privatisierung noch nicht begonnen, und Infrastrukturprojekte wurden nicht verwirklicht.

Beschäftigung

1991 lag der Beschäftigungsrückgang (-3 vH) in der Größenordnung des Produktionsrückgangs. Wegen der sich 1992 verschärfenden Produktionseinbrüche ist mit einer weiteren Beschäftigungsabnahme und einer zunehmenden Arbeitslosigkeit zu rechnen.⁶ Die Mehrzahl der Beschäftigten arbeitet im Staatssektor (1991: 79 vH); die Kooperativen, einschließlich der Kolchosen, hatten 1991 einen Beschäftigungsanteil von 17 vH. Da die Arbeitsämter erst entstehen und das Anerkennungsverfahren kompliziert ist, erscheint die offiziell ausgewiesene Arbeitslosenzahl gering; Anfang April 1992 waren lediglich 4215 anerkannte Arbeitslose registriert, von denen 2644 Arbeitslosenunterstützung erhielten [vgl. Sovetskaja Belorussija vom 8.5.1992]. Die offene und versteckte Arbeitslosigkeit dürfte jedoch wesentlich höher sein. In einzelnen Industriezweigen mit großen Produktionseinbrüchen wird außerdem Kurzarbeit geleistet [IMF, a, S. 5]. Dringend erforderlich ist der Aufbau eines funktionsfähigen sozialen Netzes. Eine wichtige Aufgabe der entstehenden Verwaltung muß in der Durchführung von Anpassungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie in der Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte liegen.

Investitionen

Die immer noch dominanten staatlichen Investitionen sanken 1991 um 8 vH (vgl. Tabelle 1). Dieser Trend hat sich in den ersten acht Monaten des Jahres 1992 deutlich verschärft (-19 vH). Die Planvorgaben für Januar-August 1992 wurden jedoch nur zu 63 vH erfüllt [Goskomstat Belarus', d, S. 27]. Symptomatisch sind die geringen Ersatzinvestitionen und die Überalterung des Kapitalstocks. Die kalkulatorische durchschnittliche Nutzungsdauer des Anlagevermögens liegt bei über 60 Jahren und damit über dem Durchschnitt der ehemaligen UdSSR [Goskomstat Belarus', c, S. 319, 350]. Der so entstandene technologische Rückstand ist eine wesentliche Ursache für die geringe Produktivität.

Infolge der langen Bauzeiten für Produktionsanlagen verzögert sich gegenwärtig die Inbetriebnahme neuer Anlagen weiter. Der Wert des in Betrieb genommenen Anlagevermögens in Relation zum gesamten Investitionsvolumen sank von 99 vH im Jahr 1985 zunächst auf 85 vH im Jahr 1990 und dann auf 76 vH im Jahr 1991. Die unvollendeten Investitionen waren Ende 1991 um 150 vH höher als Ende 1990 und um 310 vH höher als Ende 1985.

Der sich nur langsam aus der Wirtschaft zurückziehende Staat nennt als Schwerpunkte seiner zukünftigen Investitionstätigkeit die Hochtechnologie, den Transportsektor, die Konsumgüterindustrie und die Bauwirtschaft. Daneben sind gezielte Investitionen in der Landwirtschaft zur Getreide-, Zucker- und Pflanzenölproduktion und zur Verringerung der Lagerverluste geplant [VWD, 1992, S. 8].

Preise und Löhne

Zum Jahreswechsel 1991/1992 wurden in Reaktion auf die russische Preisfreigabe die Preise für etwa 80 vH aller Güter in drei Stufen freigegeben und ein neues Steuersystem implementiert. In der Folge stiegen sowohl die Preise für Industrieprodukte als auch die Verbraucherpreise rasant an. Die Preise für Industrieprodukte lagen im August 1992 um 2200 vH über den Preisen des entsprechenden Vorjahresmonats. Die höchsten Steigerungsraten sind bei den Preisen für Elektroenergie (4300 vH), in der Brennstoffindustrie (4100 vH) und in der

⁶ Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 8.5.1992. So ging z.B. die Schließung des Motorenwerks BelAZ wegen des Zusammenbruchs langjähriger Lieferbeziehungen mit der Entlassung von 10000 Arbeitern einher [Moscow News, Nr. 9, 1992].

Schwarzmetallurgie (4000 vH) festzustellen. Unterdurchschnittlich zogen die Preise in der Leichtindustrie und in der Lebensmittelindustrie (1000 vH) an [Goskomstat Belarus', d, S. 73]. Im August 1992 lagen die Verbraucherpreise ebenfalls 1000 vH über denen des entsprechenden Vorjahresmonats. Durch die nur partielle Preisfreigabe kommt es weiterhin zu einer deutlichen Verzerrung der relativen Preise. So stiegen einige Inputpreise in der Landwirtschaft und in der Industrie stärker als die Verbraucherpreise. Wesentliches Element der Wirtschaftsreform muß deshalb die völlige Preisfreigabe sein. Damit wird sowohl die derzeitige starke Wettbewerbsverzerrung wie auch eine Anpassung der Preise an die Weltmarktpreise ermöglicht.

Der durchschnittliche Arbeitslohn lag im August 1992: 800 vH über dem Durchschnittslohn des entsprechenden Vorjahresmonats. Seine Steigerung blieb damit hinter der Inflationsentwicklung zurück (vgl. Kapitel III).

2. Wirtschaftsbeziehungen mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion

Der Warenaustausch mit den ehemaligen Sowjetrepubliken (Durchschnitt von Ein- und Ausfuhr) betrug 1988 etwa 44 vH des Bruttoinlandsprodukts. Der entsprechende Wert für den Handel mit Drittländern lag bei 7,3 vH [IMF, b, Tab. 1]. Damit war die Außenhandelsintensität insgesamt ähnlich hoch wie in marktwirtschaftlich ausgerichteten Ländern mit vergleichbarer Bevölkerungszahl wie Belgien und den Niederlanden [ibid.].

Die Warenstruktur des zwischenrepublikanischen Handels ist auf der Einfuhrseite durch Bezüge von Energieträgern sowie Produktions- und Investitionsgütern gekennzeichnet. Die Ausfuhren umfassen vor allem Erzeugnisse der chemischen und petrochemischen Industrie, des Maschinen- und Fahrzeugbaus, dauerhafte Konsumgüter (Kühlschränke, Uhren) sowie Textilien und Schuhe.⁷ Bei zahlreichen Warengruppen im Bereich der Kapitalgüter ist ein intensiver intraindustrieller Handel zu beobachten, der sich in hohen Werten sowohl für den Ausfuhranteil an der Produktion als auch für den Einfuhranteil am inländischen Verbrauch niederschlägt.⁸ Die wichtigsten Handelspartner Weißrußlands unter den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind Rußland und die Ukraine [Goskomstat Belarus', c, S. 30 f.; d, S. 38 ff.].

Nach dem Ende der zentralen Wirtschaftsplanung in der ehemaligen Sowjetunion in der zweiten Jahreshälfte 1991 ist der zwischenrepublikanische Warenaustausch stark zurückgegangen.⁹ Zu dieser Entwicklung haben insbesondere der Zusammenbruch des innersowjetischen Zahlungsverkehrs und die Ausfuhrbeschränkungen durch regionale Gebietskörperschaften in Rußland beigetragen [DIW et al., 1992, S. 6, 17]. Weißrußland hat mit den meisten Nachfolgestaaten bilaterale Handelsverträge mit einjähriger Laufzeit abgeschlossen, die jeweils wertmäßig ausgeglichene Lieferungen vorsehen.¹⁰ Diese sollen durch Staatsaufträge an die Betriebe gewährleistet werden [IMF, a, S. 13, 40 ff.]. Eine Gegenüberstellung der weißrussischen Ausfuhren von Januar bis August 1992 mit den bilateralen Quoten für die wichtigsten Erzeugnisse zeigt jedoch, daß die tatsächlichen Handelsströme teilweise erheblich hinter den Quoten zurückbleiben [Goskomstat Belarus', d, S. 36 ff.]. Dies dürfte in noch größerem Umfang für die weißrussischen Einfuhren aus den übrigen Nachfolgestaaten gel-

⁷ Genauere Aussagen sind nicht möglich, da lediglich Mengenangaben für einzelne Produkte sowie Wertangaben in den stark verzerrten internen Verrechnungspreisen vorliegen [Goskomstat Belarus', c, S. 25 ff.].

⁸ Beide Anteilswerte lagen 1990 z.B. bei Transformatoren, Werkzeugmaschinen, Schmiedepressen, Lkws, Bussen und Traktoren jeweils deutlich über 70 vH [Goskomstat Belarus', c, S. 32].

⁹ Nach einer Prognose des IMF wird sich der Rückgang des weißrussischen Handels mit den Nachfolgestaaten im Jahr 1992 auf 30 vH belaufen [IMF, a, S. 13].

¹⁰ Es bestehen keine Regelungen für den Fall, daß etwa wegen ausbleibender Lieferungen Handelsbilanzsalden auftreten [Svindland, 1992]. Für Weißrußland bedeutet dies, daß der absehbare Überschuß im Handel mit den Nachfolgestaaten 1992 nicht für Einfuhren genutzt werden kann (vgl. Tabelle A2).

ten, da für das Jahr 1992 insgesamt mit einem weißrussischen Handelsbilanzüberschuß anstelle eines wertmäßigen Ausgleichs gerechnet wird (vgl. Tabelle A2).

Unabhängig von den bilateralen Handelsverträgen wird knapp ein Viertel des weißrussischen zwischenrepublikanischen Handels im direkten Tausch von Ware gegen Ware abgewickelt. Derartige Transaktionen unterliegen einer Lizenzpflicht, um die Ausfuhr von Waren zu begrenzen, die die Regierung als unerlässlich zur Versorgung der Bevölkerung ansieht oder die gegen knappe Inputs getauscht werden können [Goskomstat Belarus', d, S. 36 ff.; IMF, a, S. 13].

In der Vergangenheit hat Weißrußland im zwischenrepublikanischen Warenaustausch regelmäßig Handelsbilanzüberschüsse erzielt, wenn die (verzerrten) internen Verrechnungspreise zugrunde gelegt werden [Goskomstat SSSR, 1990, S. 41; Goskomstat Belarus', c, S. 26]. Ausschlaggebend dafür war, daß die umfangreichen Bezüge von Energieträgern vor allem aus Rußland stark unterbewertet waren. Selbst wenn aufgrund guter politischer Beziehungen zu Rußland diese Lieferungen weiterhin zu russischen Inlandspreisen bezogen werden können (mehrfache gegenteilige Ankündigungen von russischer Seite wurden bisher nicht in die Tat umgesetzt), muß die in Rußland dringend notwendige Heranführung der Energiepreise an das Weltmarktniveau zu einer Verschlechterung der weißrussischen Terms of trade führen.

Eine Neubewertung der Handelsströme des Jahres 1989 zu Weltmarktpreisen vermittelt einen Eindruck von der Größenordnung der zu erwartenden Terms-of-trade-Veränderung: Für den zwischenrepublikanischen Handel errechnet sich statt eines Überschusses von 12,3 vH des zu internen Preisen bewerteten Nettomaterialproduktes ein Defizit in Höhe von etwa 3 vH [Granberg, 1992, S. 3 ff.; PlanEcon, a, Tab. 10]. Da Weißrußland nur sehr begrenzt Zugang zu Krediten besitzt, die zur Zahlungsbilanzfinanzierung verwendet werden können, dürften mittelfristig erhebliche Wachstumseinbußen unausweichlich sein, wenn es nicht gelingt, die Exporte erheblich zu steigern.

3. Drittländerhandel und Zahlungsbilanz

Wegen des Zusammenbruchs der traditionellen Absatzmärkte in den Mitgliedsländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ist auch der weißrussische Außenhandel mit Drittländern in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Die Exporte, die 1991 noch insgesamt 1,7 Mrd. US-\$ betrugen, beliefen sich von Januar bis August 1992 lediglich auf knapp 0,6 Mrd. US-\$. Die Importe in diesem Zeitraum lagen bei 0,4 Mrd. US-\$ (1991 insgesamt: 2,0 Mrd. US-\$).¹¹ Besonders stark ausgeprägt war der Einbruch sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen von Kapitalgütern, optischen, photographischen, wissenschaftlichen und medizinischen Apparaten und Uhrmacherwaren, Textilien, organischen Chemikalien und Lebensmitteln. Zugenommen haben dagegen die Exporte von Mineralölprodukten und mineralischen Düngemitteln [PlanEcon, a, Tab. 5; Goskomstat Belarus', b, S. 14 ff.].

Die wichtigsten Handelspartner Weißrußlands waren von Januar bis August 1992 Polen mit 16,5 vH der Exporte und 20,9 vH der Importe, die Schweiz (8,3 bzw. 15,2 vH), Österreich (9,0 bzw. 5,5 vH) und Deutschland (7,0 bzw. 10,1 vH). Der größte Teil des Handels, auch mit westlichen Industrieländern, wurde im Barter-Verfahren abgewickelt: Dies betraf 59,5 vH der Exporte und 67,8 vH der Importe [Goskomstat Belarus', a, S. 1 ff.]. Der weißrussische Handel mit Deutschland wird vor allem mit den alten Bundesländern abgewickelt. Die neuen Bundesländer trugen knapp ein Viertel zu den deutschen Exporten nach Weißrußland bei.¹²

¹¹ PlanEcon [b, Tab. 5]; Goskomstat Belarus' [a, S. 1 ff.]. Wegen der Schwierigkeit, einen angemessenen Wechselkurs zur Umrechnung der in Rubel angegebenen Beträge zu bestimmen, sind die Daten für 1991 und 1992 nicht unmittelbar vergleichbar.

¹² Vgl. Maschinentabellen des Statistischen Bundesamtes für den Zeitraum Mai-Juli 1992.

Ähnlich wie der Warenaustausch mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion unterliegt auch der Handel mit Drittländern einer umfassenden staatlichen Regulierung. Neben einer Lizenzpflicht für die meisten Importe und Exporte sowie Importabgaben müssen zwischen 30 und 70 vH der Devisenerlöse aus Exporten (je nach Verarbeitungsgrad) zu einem extrem überbewerteten Rubelkurs an die Regierung verkauft werden (vgl. Abschnitt II.2). Die Einnahmen aus dieser impliziten Exportsteuer verwendet die Regierung für den Import von Nahrungsmitteln und Medikamenten sowie von industriellen Inputs, die für die Erfüllung von Staatsaufträgen benötigt werden [IMF, a, S. 41].

Die Ablieferungspflicht gilt offenbar nicht für Barter-Geschäfte, was den großen Anteil dieser Transaktionen am Export in die westlichen Industrieländer erklären dürfte.¹³ Außerdem deutet eine Diskrepanz zwischen den tatsächlich abgelieferten Devisenerlösen und den statistisch erfaßten Exporten auf eine zunehmende Kapitalflucht hin. Es ist daher beabsichtigt, die bisherige Regelung ab 1993 durch eine einheitliche Exportsteuer in Höhe von 10 vH zu ersetzen, die Ablieferungspflicht auf 20 vH zu reduzieren und die abzuliefernden Devisen zum Marktkurs einzutauschen.¹⁴ Barter-Geschäfte sollen außerdem eingeschränkt werden.

Eine Schätzung der weißrussischen Zahlungsbilanz mit Drittländern für das Jahr 1992 durch Gosekonomplan (vgl. Tabelle A2) weist eine Finanzierungslücke von 156 Mill. US-\$ aus. Diese Schätzung geht allerdings von einem geringen Handelsbilanzdefizit aus, während in den ersten acht Monaten dieses Jahres durch Importreduktion bereits ein Überschuß in Höhe von 169 Mill. US-\$ erzielt wurde. Größere Finanzierungsprobleme bestehen daher kurzfristig offenbar nicht.

In die Schätzung der Zahlungsbilanz ist die von Weißrußland gesamtschuldnerisch übernommene Verpflichtung zur Bedienung der Altschulden der ehemaligen Sowjetunion nicht einbezogen. Bei einem Anteil von 4,1 vH entfällt auf Weißrußland ein Schuldenbestand von knapp 3 Mrd. US-\$ [IMF, a, S. 7]. In einem bilateralen Abkommen mit Rußland hat Weißrußland auf seine Ansprüche an das Altvermögen der Sowjetunion zugunsten von Rußland verzichtet; im Gegenzug hat Rußland die weißrussischen Schuldendienstverpflichtungen aus den sowjetischen Altschulden übernommen.¹⁵ Bisher ist nicht bekannt, ob die Gläubiger der ehemaligen Sowjetunion den mit diesem Abkommen beabsichtigten Ausstieg Weißrußlands aus der gesamtschuldnerischen Haftung akzeptieren.

II. Stand der Reformpolitik

1. Öffentliche Haushalte

Nach dem Zerfall der Sowjetunion hat Weißrußland am 1. Januar 1992 ein neues Steuer- und Abgabenrecht eingeführt. Es ist kompliziert, und seine Anwendung überfordert z.T. die Verwaltung.¹⁶ Als wichtigste Einnahmequellen sieht der Staatshaushalt die Mehrwertsteuer (39 vH der Einnahmen), die Gewinnsteuer (26 vH),

¹³ Da die Ausfuhren in die übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion ebenfalls nicht von der Ablieferungspflicht erfaßt werden, besteht auch ein Anreiz zu Umwegexporten über Rußland, wo die effektive Exportbesteuerung niedriger ist (vgl. Abschnitt II.2 sowie Svindland [1992, S. 15]).

¹⁴ Mündliche Auskunft eines Vertreters des Finanzministeriums im September 1992.

¹⁵ Mündliche Auskunft eines Vertreters von Gosekonomplan im September 1992.

¹⁶ Der am 28. Februar 1992 verabschiedete Haushalt mußte offensichtlich mehrfach angepaßt werden. Die letzte vorliegende Version stammt vom September 1992 und war zum Zeitpunkt unserer Gespräche noch nicht verabschiedet [Gosudarstvennyj bjudzet ..., 1992].

spezielle Verbrauchssteuern (9 vH), die Einkommensteuer (8 vH) und die "Tschernobyl-Steuer" (8 vH) vor (vgl. Tabelle A3).

Der Hebesatz der speziellen Verbrauchssteuern differiert nach Warengruppen erheblich und liegt zwischen 88 vH (für Alkohol) und 30 vH (z.B. für Tapeten) der beim Verkauf erzielten Erlöse [Sbornik zakonov ..., 1992, S.12 ff.]. Die Mehrwertsteuer beträgt 28 vH; ausgenommen von ihr sind insbesondere die Waren, die den speziellen Verbrauchssteuern unterliegen. Die Höhe des Gewinnsteuersatzes differiert nach Branchen und z.T. nach Betriebsgröße. Mit Steuervergünstigungen und Strafsteuersätzen wird sowohl eine branchenorientierte Förderung wie auch eine Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen versucht [Makaed, 1992, S. 53 ff.; Sbornik zakonov ..., 1992, S. 21 ff.]. Der Einkommensteuertarif ist progressiv ausgestaltet (Spitzensteuersatz: 50 vH). Durch laufende Anpassung der Einkommensklassen werden Steuermehreinnahmen durch die inflationsbedingten Einkommenssteigerungen verhindert, so daß die reale Belastung der privaten Haushalte, die zur Bremsung der Inflation beitragen könnte, nicht eintritt.¹⁷

Die Ausgabenseite wird vornehmlich durch Ausgaben für das Sozial- und Bildungswesen (32 vH), Subventionen (24 vH), Ausgaben zur Beseitigung der Tschernobyl-Schäden (12 vH)¹⁸ sowie Verteidigungsausgaben (5 vH) bestimmt. Die eingeschlagene Politik, bestimmte Preise nicht der Inflation anzupassen, führt zu einem drastischen Anstieg des ausgabewirksamen Subventionsbedarfs. Darin kommt zum Ausdruck, daß einer Verteilungspolitik über die Preissetzung immer noch der Vorzug vor einer direkten Umverteilung zugunsten Bedürftiger gegeben wird. Ebenso läßt die gegenwärtige Politik keinen Spielraum für den Aufbau eines Systems der sozialen Sicherung (vgl. Abschnitt III.2). Ansätze zu einer Infrastrukturpolitik sind kaum vorhanden.

Während der Staatshaushalt 1991 noch einen Überschuß aufwies, sah der im Februar 1992 verabschiedete Erlaß "Über den Staatshaushalt der Republik Weißrußland im Jahr 1992" bereits ein Defizit von 6 vH der Ausgaben vor. Verursacht durch die starke Inflation und die mangelnde Ausgabendisziplin stieg das für das Jahresende erwartete Budgetdefizit im Verlauf des Jahres drastisch an (22 vH der Ausgaben) und drohte damit außer Kontrolle zu geraten. Der Haushaltsplan wurde deshalb im September ein weiteres Mal aktualisiert. Durch Einnahmeerhöhungen, reale Einsparungen und eine Veränderung der Ausgabenstruktur wird eine Defizitbegrenzung auf 12 vH der Ausgaben angestrebt.¹⁹

Die Finanzierung des Budgetdefizits soll zum größten Teil durch einen Kredit bei der Zentralbank erfolgen. Der fehlende Restbetrag (mehr als 1/3 des Defizits) soll durch Anleihen bei Privaten gedeckt werden. Da ein funktionierender Kapitalmarkt nicht vorhanden ist, dürfte ihre Plazierung, wenn sie nicht den Charakter von Zwangsanleihen haben sollen, kaum gelingen. Damit ist eine Ausweitung der Finanzierung über die Nationalbank wahrscheinlich.

Da davon auszugehen ist, daß die Einnahmen — trotz der neu eingerichteten Steuerfahndung — hinter den Erwartungen zurückbleiben und die Ausgaben inflationsbedingt steigen, wird das Haushaltsdefizit voraussichtlich den gesteckten Rahmen von 12 vH überschreiten. Das Budgetdefizit droht außer Kontrolle zu geraten. Die Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik wird damit erschüttert.

¹⁷ Vgl. redaktionelle Vorbemerkung in Makaed [1992]; Sbornik zakonov ... [1992, S.58 ff.].

¹⁸ Ausgaben für die Gesundheitsschäden sind nicht enthalten.

¹⁹ Neben dem Staatshaushalt und den Haushalten der Gebietskörperschaften existieren sogenannte Nebenhaushalte (Pensions-, Stabilisierungs- und Investitionsfonds). Nach Angaben unseres Gesprächspartners in Minsk ist geplant, dieses System auszuweiten und wichtige Budgetposten — wie z.B. die Budgetposten im Zusammenhang mit der Beseitigung der Tschernobyl-Schäden — in Nebenhaushalte auszugliedern.

2. Geld- und Währungspolitik

Die direkte Finanzierung des weißrussischen Budgetdefizits schlägt sich in der Zentralbankbilanz deutlich nieder. In den ersten acht Monaten dieses Jahres stieg die Nettoverschuldung der Gebietskörperschaften (ohne Spezialfonds) bei der Zentralbank von knapp 1 Mrd. auf gut 6 Mrd. Rubel (vgl. Tabellen A4 und A5). Das offizielle Budgetdefizit und die direkte Verschuldung des Staates bei der Zentralbank geben jedoch nur einen kleinen Teil des tatsächlichen Staatsdefizits und der tatsächlichen Zentralbankfinanzierung staatlich gelenkter Aktivitäten wieder. Ebenso wie andere Nachfolgestaaten der Sowjetunion hat Weißrußland weitgehend eine Umwegfinanzierung gewählt. Die Zentralbank vergibt umfangreiche Kredite zu extrem negativen Realzinsen an Geschäftsbanken, die diese Mittel dann überwiegend gemäß staatlicher Vorgaben an Betriebe weiterleiten. Auf diese Weise kann die diskretionäre Subventionierung und Steuerung der Betriebe fortgesetzt werden, ohne daß das offiziell ausgewiesene Budgetdefizit ausufert. Die Zentralbankkredite an weißrussische Geschäftsbanken haben von Anfang Januar bis Anfang September 1992 explosionsartig von 14,7 auf 135,5 Mrd. Rubel zugenommen (vgl. Tabellen A4 und A5). Dies geht weit über eine normale Refinanzierung von Geschäftsbanken hinaus und übersteigt die Zunahme der direkten Staatsverschuldung bei der Notenbank um das 23fache.

Anders als beispielsweise die Ukraine hat sich Weißrußland bisher um eine Koordination der Geldpolitik innerhalb der Rubel-Zone und damit um eine Kooperation mit der russischen Zentralbank bemüht. Im Gegensatz zu einer ursprünglichen Ankündigung hat Weißrußland neue Rubel-Banknoten jedoch nicht durch Leistungsbilanzüberschüsse mit Rußland verdienen müssen, sondern sie gegen Kredit von der russischen Zentralbank erhalten. Die Zunahme der Nettoverschuldung gegenüber der russischen Zentralbank deutet darauf hin, daß auf diese Weise in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres etwa 55 Mrd. Rubel in Weißrußland neu in Umlauf gebracht wurden (vgl. Tabellen A4 und A5).²⁰

Bisher hat Weißrußland noch keine entscheidenden Schritte zu einer eigenen Währung unternommen. Neben den Moskauer Rubel-Banknoten kamen in Weißrußland allerdings bereits 1991 sogenannte Talons in Umlauf, die als spezifische Bezugsscheine dazu dienen sollten, den Verkauf knapper Güter des Grundbedarfs an Nichtgebietsansässige einzuschränken. Mit der Freigabe vieler Preise im Januar wurden außerdem Kupons als Quasigeld ausgegeben, die in allen staatlichen Läden in Verbindung mit dem Rubel und im Verhältnis 1:1 zum Rubel verwendet wurden. Inzwischen sind diese weißrussischen Kupons abgeschafft worden. Dies hängt zum einen mit der übermäßigen Emission zusammen. Da 60 vH der Löhne und Sozialabgaben in Form von Kupons ausgezahlt wurden, wurden die Kupons bereits im Februar mit einem Abschlag von 70 vH gegenüber dem vergleichsweise knappen Rubel-Bargeld gehandelt. Zum anderen beruht die Abschaffung der Kupons darauf, daß dieses partielle Rubel-Substitut überflüssig wurde, als Rußland im Sommer wieder güterwagenweise Bargeld lieferte. Als ein Beitrag zur Linderung der ursprünglichen Knappheit an Rubel-Bargeld werden in Absprache mit der russischen Zentralbank seit Juni die ersten weißrussischen Rubel-Banknoten emittiert. Weißrussischer Rubel und russischer Rubel werden im Verhältnis 1:10 verwendet.

Mit der Lieferung von russischen Rubel-Banknoten und der Ausgabe eigener Rubel-Banknoten, die reine Substitute für den russischen Rubel sind und ökonomisch gesehen keine eigene Währung darstellen, konnte sich auch die offene Inflation dem russischen Tempo nähern. Auf Jahresbasis werden die nicht administrativ gebundenen Preise mit derselben Größenordnung steigen wie in Rußland, also vermutlich auf mindestens das 20fache des Niveaus von Anfang Januar.

Neben den direkten Preiskontrollen zählen die stark differenzierten Wechselkurse gegenüber dem US-Dollar zu den wichtigsten Instrumenten der Preispolitik und der diskretionären Steuerung wirtschaftlicher Aktivi-

²⁰ Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber der russischen Zentralbank abzüglich der eigenen Kredite zugunsten der russischen Zentralbank.

täten in Weißrußland. Der "Spezialkurs" für Importe auf Regierungsebene und für die zwangsmäßigen Devisenabgaben von Exporteuren betrug Mitte September 50 Rubel pro US-Dollar, während der US-Dollar auf dem Moskauer Interbankenmarkt für 250 Rubel gehandelt wurde. Ein weiterer Kurs, der "kommerzielle Kurs" für genehmigte Importe, lag im September bei 150 Rubel pro US-Dollar; für Importe, die als besonders förderungswürdig eingestuft wurden, werden Subventionen in Form von Sonderkonditionen eingeräumt — zum sogenannten staatlichen Kurs, der fallweise zwischen dem kommerziellen und dem Spezialkurs festgesetzt wird.

Dieses System multipler Wechselkurse verträgt sich nicht mit der russischen Währungspolitik im Jahr 1992, da Rußland die Sonderkurse Anfang Juli abgeschafft hat. Die unterschiedlichen Devisenregime geben einen Anreiz zu Arbitrage und Umweghandel zwischen den Staaten der Rubel-Zone. Die Wechselkursspaltung verträgt sich auch nicht mit der rasanten Geldentwertung im Rubel-Gebiet; die Sonderkurse laufen auf eine erhebliche Überbewertung des Rubels in Weißrußland und somit auf eine Prämie für die Importeure hinaus, die zu diesen Kursen importieren können. Der Übergang zu einer transparenten, leicht handhabbaren Devisenmarktordnung zählt daher zu den dringend erforderlichen Reformen. Spätestens bei der Einführung einer eigenen neuen Währung oder bei einer alternativen Einigung mit der russischen Zentralbank über die zukünftige Organisation eines gemeinsamen Rubel-Gebietes ist die Devisenmarktreform unumgänglich.

Im Bereich des Bankwesens hat sich Weißrußland weitgehend an den russischen Reformen orientiert. Zunächst wurden große Geschäftsbanken aus dem Bereich der Zentralbank ausgegliedert. Anschließend wurden weitere, "private" Banken zugelassen, als die Bindung der Kunden an bestimmte Geschäftsbanken aufgehoben wurde. Obwohl gegenwärtig etwa 25 Geschäftsbanken als Universalbanken operieren, vergeben die großen staatlichen Geschäftsbanken weiterhin zwei Drittel aller Kredite und hält die frühere Monopolsparkasse (Sperbank) 60 vH aller Einlagen. Der Oberste Sowjet hat in einer Anlage zum Erlaß "Über die Geld- und Kreditpolitik der Republik Weißrußland 1992" die grundlegenden Daten zur Regulierung des Bankwesens formal festgelegt. Die Kennziffern der Bilanzstruktur liegen in einem Bereich, der keine auffallende Vorzugsbehandlung von Großkunden zuläßt. Bekannt ist, daß die Nichteinhaltung der maximalen Zinsdifferenz nicht kontrolliert und damit auch nicht geahndet wird. Es ist daher davon auszugehen, daß auch die z.T. detaillierten bilanzrechtlichen Vorschriften in der Praxis nicht beachtet werden.

Zu den größten Problemen im weißrussischen Bankwesen gehört die Ineffizienz des Zahlungsverkehrs innerhalb Weißrußlands, die sich auch in der Bilanz der Zentralbank niederschlägt. Zum Stichtag 1. September 1992 hatte die Zentralbank Forderungen und Verbindlichkeiten aus noch nicht abgewickeltem Clearing in Höhe von 431 bzw. 477 Mrd. Rubel. Ökonomisch gesehen entspricht die Differenz von 46 Mrd. Rubel einer kurzfristigen Zwangsanleihe des Staates bei seinen Betrieben und Banken.

3. Der ordnungspolitische Rahmen

Zur Rechtsordnung

Im Gegensatz zu Rußland besteht in Weißrußland ein relativ hohes Maß an politischer und rechtlicher "Stabilität", d.h., die staatlichen Strukturen aus den Zeiten der alten Sowjetunion sind weitgehend intakt geblieben. Für den Aufbau neuer demokratischer Strukturen, die auf dem Prinzip der Gewaltenteilung basieren, wurde bislang wenig getan. Diese "Stabilität" und die Homogenität des weißrussischen Staatsgebildes sichern allerdings weitgehend die Durchsetzbarkeit administrativer und legislativer Akte, so daß ein Enforcement-Problem wie in Rußland nicht existiert. Unter diesen Bedingungen dominiert in den meisten Bereichen immer noch das zentrale Planungssystem, zumal die bisherige Politik kaum auf eine ernsthafte Systemtransformation abzielt.

Zur Eigentumsfrage

Nach dem weißrussischen Eigentumsgesetz (EigG) vom 12. Dezember 1990 ist die Bildung privaten Eigentums bei Immobilien und Produktionsmitteln prinzipiell erlaubt. Dieses Gesetz sieht allerdings auch vor, daß in einzelnen, explizit nicht genannten Bereichen privates Eigentum untersagt werden kann. Zudem nennt das EigG neben dem privaten Eigentum zwei weitere Eigentumsformen, das kollektive und das staatliche Eigentum. Das staatliche Eigentum kann außer Vermögensobjekten, die für die Erfüllung originärer Staatsaufgaben notwendig sind, auch Einrichtungen zur Produktion privater Güter umfassen [vgl. Sovetskaja Belorussija vom 26.12.1990].

Für den Herbst 1992 ist die Verabschiedung eines Privatisierungsgesetzes angekündigt worden, das Aufschluß über die Vorgehensweise bei der Privatisierung staatlichen Eigentums geben soll. Es wird diskutiert, eine "Coupon-Privatisierung" nach dem Vorbild der bisherigen CSFR durchzuführen: Die Bürger sollen Voucher-Hefte erhalten, mit denen sie wenigstens die Hälfte der zu privatisierenden Industrie direkt oder über Investmentfonds erwerben sollen. Wenigstens 40 vH der Anteile sollen bei einer staatlichen Vermögensagentur verbleiben, die diese Anteile auch ausländischen Investoren anbieten kann. Nach den vorliegenden Informationen beabsichtigt die Regierung, 147 Unternehmen zu privatisieren, die angeblich etwa 90 vH der Industrieproduktion liefern. Einige dieser Unternehmen sollen für ihre Privatisierungspläne bereits staatliche Genehmigungen erhalten haben. Diese Genehmigungen beruhen auf Regierungsbeschlüssen, die eine Privatisierung von Industrieunternehmen auch ohne Privatisierungsgesetz ermöglichen. Ein Teil der weißrussischen Unternehmen wird von der Privatisierung ausgeschlossen bleiben, da diese in der Rüstungsindustrie oder in anderen Bereichen von "strategischem Interesse" angesiedelt sind [vgl. Schrader, Laaser, 1992; Neue Zürcher Zeitung vom 17.8.1992].

Ein wichtiger Schritt zur Privatisierung des staatlichen Wohnungseigentums wurde mit der Verabschiedung des "Gesetzes über die Privatisierung des Wohnungsbestandes" (WohnG) am 16. April 1992 getan. Dieses Gesetz sieht vor, daß Wohnhäuser und Wohnungen, die bislang dem Staat, Genossenschaften oder gesellschaftlichen Organisationen gehörten, privatisiert werden. Als Erwerber dieses Wohnraums können sowohl Inländer als auch Ausländer, die dauerhaft auf dem Gebiet Weißrußlands leben, auftreten. Inländer können den Wohnraum käuflich erwerben oder in Form einer Schenkung erhalten; für Ausländer ist nur der Erwerb vorgesehen [vgl. Sovetskaja Belorussija vom 15.5.1992].

Zu den Prinzipien unternehmerischen Handelns

Das "Gesetz über die Betriebe" (BetrG) vom 14. Dezember 1990 bestätigt die Formen des Eigentums an Betrieben, die das EigG definiert. Darüber hinaus schreibt das BetrG fest, daß die Betriebe ihre wirtschaftliche Tätigkeit nachfrageorientiert auf Gewinnerzielung ausrichten sollen. Dafür wird den Betrieben zugestanden, ihre Produktions- und Investitionsaktivitäten selbständig zu gestalten sowie in eigener Verantwortung die Verträge mit Abnehmern und Lieferanten auszuhandeln. Das "Gesetz über das Unternehmertum" (UntG) vom 28. Mai 1991 bestätigt das BetrG hinsichtlich der weitgehenden Produzentensouveränität der Betriebe.

Zur Freiheit der Märkte

Die Verfassung der weißrussischen Güter- und Faktormärkte ist der Situation in der Russischen Föderation sehr ähnlich. Die Preisbildung auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten ist trotz der Preisreform vom 3. Januar 1992 in vielerlei Hinsicht weiterhin reguliert; dazu zählen vor allem Güter des Grundbedarfs, Energie, Mieten sowie öffentliche Dienstleistungen. Des weiteren bestehen Mindestlohnvorschriften, und in den überwiegend staatlichen Produktionsbetrieben dominieren weiterhin administrierte Löhne.

Marktzugangsbeschränkungen existieren für eine Reihe von Bereichen, wie etwa für die Rüstungs-, Spirituosen- und Pharmaproduktion. Der Marktaustritt wird durch das "Gesetz über die wirtschaftliche Insolvenz und den Bankrott" (KonkursG) vom 30. Mai 1991 reguliert.²¹ Das KonkursG definiert den Bankrott als die richterliche Bescheinigung über die völlige Zahlungsunfähigkeit eines Wirtschaftssubjekts und legt im einzelnen die Schritte des dann einzuleitenden Konkursverfahrens fest. Mit der Abwicklung des Konkursverfahrens wird eine Liquidationskommission betraut, die die Aufgaben eines Konkursverwalters wahrnimmt.

Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen

Die Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen wurden in dem "Gesetz über ausländische Investitionen auf dem Gebiet der Republik Weißrußland" (AusG) vom 14. November 1991 festgelegt. Das AusG sieht im einzelnen folgende Regelungen vor:

- Eigentumserwerb: Ausländische natürliche und juristische Personen dürfen Eigentum an weißrussischen Unternehmen bilden und Vermögensobjekte erwerben, die für ihren Erwerbszweck notwendig und im Rahmen der weißrussischen Rechtsordnung zulässig sind; dazu zählt auch der Erwerb von Grund und Boden. Besonders geregelt wird der Eigentumserwerb durch Joint-ventures, der ebenfalls im Rahmen des Unternehmenszwecks möglich ist.
- Zulassungs- und Registrierungsbestimmungen: Es besteht eine Registrierungspflicht, die nach Unternehmenszweck und der Höhe der Kapitaleinlage unterschiedlich geregelt sein kann.
- Mehrheitsbeschränkungen: Reine Auslandsunternehmen sind prinzipiell gestattet, nur im Finanzbereich darf der ausländische Anteil nicht mehr als 50 vH betragen.
- Besteuerung: Während der allgemeine Gewinnsteuersatz seit dem 1. Januar 1992: 30 vH beträgt, gilt für Einkommen aus Beteiligungen an Joint-ventures sowie für mittelständische Unternehmen ein Steuersatz von 15 vH. Darüber hinaus sind für Unternehmen mit Auslandsbeteiligung unter bestimmten Voraussetzungen Gewinnsteuerbefreiungen und -ermäßigungen möglich; zudem genießen sie Privilegien im Außenhandelsverkehr.
- Gewinnrepatriierung: Ausländischen Investoren wird der freie Transfer von Gewinnen in ausländischer Währung garantiert.
- Investitionsschutz: Das Eigentum ausländischer Investoren ist garantiert; Enteignungen sind nur ausnahmsweise und nur gegen Entschädigung zulässig.

Bewertung

Trotz dieser Gesetzeslage sind die Voraussetzungen für eine höhere Wettbewerbsintensität auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten weiterhin nicht gegeben: Die Demonopolisierung der weißrussischen Wirtschaft ist an die noch nicht eingeleitete Privatisierung geknüpft, die Unternehmen unterliegen keiner harten Budgetrestriktion, und die außenwirtschaftliche Öffnung wird durch staatliche Regulierungen weitgehend verhindert. Die Betriebe haben den Interessen ihrer Belegschaften und ihres (staatlichen) Eigentümers zu dienen, was auf ihre Einbindung in die staatliche Produktionsplanung und Preispolitik hinausläuft. Auf diese Weise sichern sie sich eine staatliche Alimentierung und damit auch ihre Zahlungsfähigkeit. Ein Bankrott ist unter diesen Umständen ausgeschlossen. Angesichts der Existenz eines verbindlichen Investitionsplans für die Wirtschaft und der un-

²¹ Entsprechende Vorschriften zur Liquidation eines Betriebs finden sich auch im BetrG vom 14. Dezember 1990; sie sind mit denen des KonkursG weitgehend deckungsgleich.

verändert beibehaltenen Praxis obligatorischer Staatsaufträge muß der Wille zu wirklichen Reformen bezweifelt werden.

Außerdem läßt der ordnungspolitische Rahmen der Republik Weißrußland bislang wichtige Reformschritte vermissen, die für eine marktwirtschaftliche Transformation notwendig sind. Die legislativen und administrativen Grundlagen für eine kleine und große Privatisierung — gesetzliche Bestimmungen, Durchführungsverordnungen und Programme — müssen erst noch geschaffen werden. Gleiches gilt auch für die notwendigen Institutionen in Gestalt einer funktionstüchtigen Privatisierungsagentur und vor allem eines Kapitalmarktes bzw. einer Börse.

III. Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte

1. Einkommen und Verbrauch

Hyperinflation, eine weiterhin angespannte Versorgungslage bei den wichtigsten Verbrauchsgütern und Dienstleistungen sowie Haushaltseinkommen, die deutlich langsamer als die Geldentwertung wachsen, bestimmen die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte seit Beginn des Jahres 1992.

Die Einkommen der privaten Haushalte wuchsen von Januar bis August 1992 um 610 vH [Goskomstat Belarus', d, S. 3] und damit um etwa ein Drittel langsamer als das Preisniveau. Ausschlaggebend dafür war die von der Regierung kontrollierte Lohnentwicklung. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit stellten 1991 mit 65,5 vH die wichtigste Einkommensquelle der privaten Haushalte (Haushalte der Arbeiter und Angestellten) dar (vgl. Tabelle A6). Entsprechend den Bestimmungen des Betriebsgesetzes²² dürfen weißrussische Unternehmen zwar die Löhne der Arbeitnehmer selbst festlegen. In den haushaltsfinanzierten Einrichtungen (etwa 40 vH aller Beschäftigten) wurde jedoch ein Lohnindexierungssystem eingeführt: Für jedes Prozent Erhöhung der Verbraucherpreise ist eine Lohnsteigerung von ca. 0,6 vH erlaubt. Dies gilt allerdings nur für Löhne bis zur doppelten Höhe des Mindestlohnes, während darüber hinausgehende Lohnanteile entweder nur zu 50 vH (bis zur vierfachen Höhe des Mindestlohnes) oder überhaupt nicht in die Indexierung einbezogen werden. Daraus ergibt sich eine klare Tendenz zur Nivellierung der Arbeitseinkommen.

Insgesamt betrug der durchschnittliche Monatslohn im Jahr 1991: 521 Rubel und ist im Zeitraum von Januar bis August 1992 auf 2922 Rubel [Goskomstat Belarus', d, S. 76] angestiegen. Vorhandene Lohndifferenzierungen wurden aus der Vergangenheit übernommen und haben kaum eine Beziehung zur Produktivitätsentwicklung. Bereiche wie Handel, Kommunalwirtschaft, Gesundheits- und Sozialwesen, Bildung, Kultur und Landwirtschaft liegen z.T. weit unter dem Durchschnitt, während Industrie, Bauwesen und insbesondere die Kredit- und Versicherungsbranche überdurchschnittlich hohe Löhne zahlen [Goskomstat Belarus', d, S. 76]. Mindestlöhne und Mindestrenten waren von Januar bis April 1992 auf 350 Rubel festgesetzt und sind seit Mai 1992 auf 1000 Rubel angehoben worden.

Die Einzelhandelspreise unterliegen weiterhin einer strengen staatlichen Regulierung. Zuletzt wurden die Preise in einem Abstand von höchstens drei Monaten neu festgesetzt. Trotz deren Erhöhung wurden hohe staatliche Subventionen für Grundnahrungsmittel, Brennstoffe und Transportleistungen bereitgestellt (im Haushaltsplan für 1992 sind dafür 36,8 Mrd. Rubel vorgesehen = 12 vH der Gesamtausgaben) [Gosudarstvennyj byudzet ..., 1992]. Die Wohnungsmieten sind bisher generell von den Erhöhungen ausgenommen worden. Die Preise auf den Kolchosmärkten wurden zwar durch Gesetz liberalisiert, orientieren sich

²² In Kraft seit 1. Januar 1991. Vgl. "O predprijatijach v Belorusskoj SSR" in: Sovetskaja Belorussija vom 27.12.1990.

aber im wesentlichen an den staatlich festgelegten Preisen. Zudem spielen die Kolchosmärkte eine vergleichsweise untergeordnete Rolle (1991 hatten sie einen Anteil von 0,8 vH am Einzelhandelsumsatz).

Aus dem Verhältnis von Preis- und Einkommensentwicklung kann abgeleitet werden, daß es zu beträchtlichen Realeinkommenseinbußen gekommen ist. Sie sind jedoch nicht exakt zu quantifizieren, da unentgeltliche Leistungen weiterhin eine erhebliche Rolle spielen (1991 wurden sie pro Beschäftigten mit 240 Rubel pro Monat [Goskomstat Belarus', c, S. 121] ausgewiesen und entsprachen damit fast 40 vH des Durchschnittslohnes). Gleichzeitig hat eine beträchtliche Entwertung der Sparguthaben stattgefunden (Ende 1991: 23 Mrd. Rubel).

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte hat auch dazu geführt, daß sich die Struktur der Ausgaben privater Haushalte verändert hat. 1992 müssen zwei Drittel der Bevölkerung bereits 60 vH ihrer Einnahmen für Nahrungsmittel des Grundbedarfs ausgeben [Sovet ekonomičeskich ..., 1992, S. 4]. Trotz der hohen Preissteigerungen hat sich die Versorgungslage kaum stabilisiert, weil in den ersten acht Monaten des Jahres gleichzeitig die Produktion von Konsumgütern um 11 vH, bei Nahrungsgütern sogar um 28 vH zurückgegangen ist [Goskomstat Belarus', d, S. 1]. Importe konnten hier keinen Ausgleich schaffen.

Gesunkene Kaufkraft und unzureichendes Warenangebot führten dazu, daß für die Monate Januar–August 1992 ein Rückgang des Einzelhandelsumsatzes von 28 vH gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum eingetreten ist [ibid., S. 3]. Darauf hatte auch Einfluß, daß bisher die Privatisierung des überwiegend staatlichen oder kommunalen Einzel- und Großhandels so gut wie keine Fortschritte gemacht hat. Entsprechenden Regierungsankündigungen fehlen immer noch die gesetzlichen Grundlagen und institutionellen Voraussetzungen.

2. Soziales Sicherungssystem

Das Sozialversicherungssystem Weißrußlands ist weiterhin staatlich organisiert und erhält bedeutende Zuwendungen aus dem Staatshaushalt, wobei allerdings der Anteil an den Staatsausgaben in den letzten Jahren gesunken ist. Wurden 1990 noch 10,6 vH der Gesamtausgaben für die Sozialversicherung eingesetzt, waren es 1991: 5,0 vH [Goskomstat Belarus', c, S. 16], und im Haushaltsplan 1992 sind dafür lediglich 2,4 vH [Gosudarstvennyj bjuǒžet ..., 1992, S. 3] vorgesehen. Das hängt vor allem damit zusammen, daß in der Zwischenzeit selbständige Renten-, Sozialversicherungs- und Beschäftigungsfonds mit eigenen Einnahmen und eigener Haushaltsrechnung gebildet wurden:

- Der 1990 gegründete Rentenfonds finanziert sowohl die Renten als auch die Zuwendungen für kinderreiche Familien. Diese Leistungen werden in gleicher Weise wie die Löhne indexiert, solange sie die doppelte Höhe des Mindestlohnes nicht übersteigen. Die Einnahmen des Fonds werden aus Abführungen der Betriebe (ca. 35 vH der Lohnsumme) [IMF, a, S. 32 ff.] und durch Beiträge der Versicherungsnehmer in Höhe von 1 vH ihres Bruttolohnes gebildet.
- Der Sozialversicherungsfonds, der von den offiziellen Gewerkschaften verwaltet wird, garantiert Lohnersatzleistungen und medizinische Leistungen bei Krankheit und Erwerbsunfähigkeit. Finanzierungsquelle sind Beiträge der Unternehmen in Abhängigkeit von der Lohnsumme (ca. 6 vH) [IMF, a, S. 34].
- Ende 1991 wurde der Beschäftigungsfonds gegründet. Er trägt die Leistungen bei Arbeitslosigkeit, Beschäftigungssuche und Umschulung. Die Betriebe haben zur Finanzierung des Fonds 1 vH der Lohnsumme abzuführen.

Die Leistungsanforderungen an den Renten- und Sozialversicherungsfonds werden sich spürbar erhöhen. Zuschüsse aus dem Staatshaushalt allein können die Finanzierungslücke nicht schließen. Dringend erforderlich erscheint eine Veränderung des Finanzierungssystems dieser Fonds, vor allem durch eine stärkere Beteiligung

der Arbeitnehmer.²³ Die gesamten Lohnnebenkosten der Unternehmen werden auf durchschnittlich 60 vH der Lohnkosten geschätzt [ibid.].

IV. Wirtschaftspolitische Perspektiven

1. Ausgangslage

Die Erlangung der politischen Souveränität und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Ende 1991 war in Weißrußland weniger das Ergebnis einer von der Bevölkerung getragenen politischen Bewegung als zwangsläufige Folge des Zerfalls der Sowjetunion. Daher war die weißrussische politische Führung kaum auf die Aufgabe vorbereitet, eine eigenständige Wirtschaftspolitik mit den Schwerpunkten der makroökonomischen Stabilisierung und der marktwirtschaftlichen Systemreform durchzuführen. Vielmehr versuchte sie, durch administrative Maßnahmen die Versorgung der Industrie mit Inputs zu gewährleisten und so den Produktionsrückgang aufzuhalten. Der Rückgang der Haushaltseinkommen wurde für die unteren Einkommensgruppen durch eine stark nivellierende Lohnindexierung und durch Subventionen für Grundnahrungsmittel abgefedert. Das hohe Defizit im Staatshaushalt für 1992 wird fast ausschließlich durch Geldschöpfung finanziert.

Im Gegensatz zu Rußland ist in Weißrußland die innenpolitische Lage stabil, Enforcement-Probleme sind nicht vorhanden. Jedoch werden zahlreiche verabschiedete Gesetze, die die Grundlage für den Übergang zur Marktwirtschaft darstellen könnten, nur bedingt angewandt.

In Weißrußland dominieren gradualistische Reformstrategien. Die Interdependenz der verschiedenen Komponenten marktwirtschaftlicher Reformen wird häufig verkannt. Die unklare Mischung von Plan- und Marktelementen führt zu sich gegenseitig verschärfenden Inkonsistenzen und ist zum Scheitern verurteilt. Weit verbreitet ist insbesondere die Vorstellung, durch Preisreglementierung und Subventionen soziale Härten vermeiden zu können. Die Regierung Weißrußlands will offensichtlich nicht die Verantwortung für die verteilungspolitischen Konsequenzen aus der Transformation zur Marktwirtschaft übernehmen. Ihr Versuch, soziale Härten zu vermeiden, führt jedoch zwangsläufig zu Wohlfahrtseinbußen; denn auf diese Weise wird nur die Inflation angeheizt und der notwendige Strukturwandel gebremst. Die bestehenden ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, die ohnehin noch sehr stark vom "alten Denken" geprägt sind, und die geringe Bereitschaft, Reformen umzusetzen, lassen derzeit vermuten, daß eine marktgerechte Entwicklung der weißrussischen Wirtschaft nicht vorgesehen ist.

2. Orientierungslinien für die Reform der Wirtschaftspolitik

Für eine konsistente und erfolgversprechende Wirtschaftspolitik ist derzeit vor allen Dingen eine Grundsatzentscheidung für die Marktwirtschaft notwendig. Das Fehlen einer solchen Entscheidung hat zu Ad-hoc-Interventionen, unvollständigen und teilweise widersprüchlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sowie zu einem mangelnden Durchführungswillen bereits beschlossener Gesetze geführt. Ein Ausweg aus dieser Sackgasse kann nur in einer grundlegenden Wende in der Wirtschaftspolitik bestehen. Diese muß kurzfristig die drohende Hyperinflation abwenden und mittelfristig die Voraussetzung für die Transformation verbessern.

Weißrußland steuert durch die Einbindung in die Rubel-Zone ebenso wie durch die eigene unkontrollierte Geldschöpfung auf eine Hyperinflation zu. Die makroökonomische Stabilisierung kann in Anbetracht der

²³ Vgl. bezüglich der Einkommensteuer Abschnitt II.1 und Makaed [1992, S. 148 f.].

chaotischen Entwicklung in Rußland nur gelingen, wenn Weißrußland aus der Rubel-Zone ausscheidet und die bereits bestehenden Pläne zur Einführung einer eigenen Währung rasch in die Tat umsetzt. Die neue Währung sollte einen einheitlichen, marktbestimmten Wechselkurs aufweisen und für Inländer zumindest für Leistungsbilanztransaktionen sowie für Ausländer voll konvertibel sein. Es muß eine Regelung für die Fakturierung gefunden werden, die die Lieferanten vor Inflationsverlusten schützt. Die Zahlungsabwicklung über Korrespondenzkonten der jeweiligen Geschäfts- oder Zentralbanken muß beschleunigt — vermutlich auch vereinfacht — werden. Es sollte vermieden werden, den Wechselkurs künstlich zu stützen, da auf diese Weise nur die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Wirtschaft geschwächt würde.

Zur makroökonomischen Stabilisierung ist eine Sanierung des Staatshaushalts durch Ausgabenkürzungen oder Einnahmeerhöhungen unabdingbar. Bei den Ausgaben bietet sich es vor allem an, die umfangreichen objektbezogenen Subventionen durch gezielte Beihilfen für einkommensschwache Haushalte zu ersetzen. Die Einnahmeseite muß durch Vereinfachung des Steuersystems und durch einen zügigen Aufbau der Finanzverwaltung gesichert werden. Die Vermeidung der Subventionen bedeutet die Durchsetzung "harter" Budgetrestriktionen und erfordert eine durchgreifende Änderung in der Geldpolitik der weißrussischen Nationalbank. Die bisher praktizierte Kreditvergabe der Geschäftsbanken an Unternehmen zu negativen Realzinsen und eine entsprechende exzessive Finanzierung der Geschäftsbanken durch die Zentralbank müssen unterbunden werden. Anders kann die Inflation nicht zurückgeführt werden. Außerdem sollte das Konkursgesetz angewandt werden.

Hinsichtlich der Transformation des Wirtschaftssystems sollte sich die weißrussische Regierung darauf konzentrieren, durch die Zulassung von mehr Wettbewerb und durch wirksame Budgetbeschränkungen für Unternehmen und Banken die Voraussetzungen für ein knappheitsgerechtes Preissystem zu schaffen. Vor allem sollte die Lizenzpflicht im Außenhandel aufgehoben werden. Die damit verbundene Importliberalisierung würde die Monopolmacht zahlreicher weißrussischer Unternehmen und die daraus resultierenden Preissetzungsspielräume begrenzen. Eine Liberalisierung der Exporte wäre für die Unternehmen ein Anreiz, verstärkt neue Absatzmärkte als Ersatz für die ausgefallene Nachfrage aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu erschließen.

Im Bereich der Eigentumsordnung sind vor allem raschere Schritte zur "kleinen" Privatisierung im Groß- und Einzelhandel, bei persönlichen Dienstleistungen, im Handwerk, im Straßengütertransport und im Wohnungswesen wünschenswert. In der Landwirtschaft kommt es darauf an, gleiche Wettbewerbschancen für die verschiedenen Eigentumsformen zu schaffen. Bisher können die neuen privaten "Farmen" nur unter erschwerten Bedingungen Boden pachten, Kredite aufnehmen und Inputs erwerben. Gerade in der Nähe der großen Städte könnten aber private Betriebe aufgrund ihrer größeren Flexibilität einen nennenswerten Beitrag zur Verbesserung der Versorgungslage der Bevölkerung leisten. Die "große" Privatisierung der Masse der Industriebetriebe muß angesichts des umfangreichen kurzfristigen Handlungsbedarfs auf eine spätere Reformphase verschoben werden. Allerdings sollten bereits jetzt Regelungen für den Verkauf von Unternehmen an inländische oder ausländische Investoren auf Initiative von Management, Belegschaften oder potentiellen Käufern geschaffen werden.

3. Voraussetzungen und Chancen westlicher Hilfe

Von zentraler Bedeutung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Weißrußland ist, daß vor allem in Westeuropa neue Märkte erschlossen werden als Ersatz für die weggebrochene Nachfrage aus der ehemaligen Sowjetunion. Dies gilt insbesondere für Erzeugnisse der Landwirtschaft und Leichtindustrie, bei denen weißrussische Produzenten am ehesten auf westlichen Märkten wettbewerbsfähig werden können. Die Bereitschaft

der westeuropäischen Staaten, Weißrußland zu helfen, muß daran gemessen werden, ob sie den Marktzugang bei diesen sensiblen Produkten gewährleisten.

Es ist jedoch weder für Weißrußland noch für die Lieferländer hilfreich, wenn Produkte aus Gründen der Auslastung der heimischen Kapazitäten quasi an Weißrußland verschenkt werden. Dies ist etwa dann der Fall, wenn Hermes-Bürgschaften für ostdeutsche Produkte gewährt werden, obwohl die Zahlungsunfähigkeit der Schuldner von vornherein feststeht. Eine solche Vorgehensweise würde den deutschen Steuerzahler schädigen und widerspräche dem Versicherungsprinzip, das diesem Instrument zugrunde liegt. Darüber hinaus würde in beiden Ländern die notwendige strukturelle Anpassung behindert.

Die politische und wirtschaftliche Eigenständigkeit Weißrußlands war in der Vergangenheit gering. Viele wirtschaftspolitische Institutionen befinden sich daher noch im Aufbau. Häufig mangelt es an Fachkräften, insbesondere Ökonomen, die mit der Funktionsweise marktwirtschaftlicher Systeme vertraut sind. Langfristig angelegte Politikberatung, Aufbauhilfe durch entsprechende westliche Institutionen wie Zentralbanken und Statistische Zentralämter, die Weiterbildung von Fachkräften sowie Unterstützung bei der Reform der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung können zu der notwendigen Humankapitalbildung auf weißrussischer Seite beitragen.

Die Grundvoraussetzungen für größere Hilfsprogramme sind derzeit nicht gegeben. Daher sollte zur Zeit — ähnlich wie in Rußland — keine ungebundene Hilfe gewährt werden. Sinnvoll erscheint allerdings die Förderung von Projekten, die unmittelbar zur Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen. Dazu zählt insbesondere die medizinische Hilfe für die Opfer der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und die Umsiedlung der Bevölkerung aus den besonders stark radioaktiv verseuchten Gebieten.

V. Umweltprobleme

Tschernobyl

Das gravierendste Umweltproblem ist die Strahlenbelastung seit dem Reaktorunfall von Tschernobyl. Die radioaktive Verschmutzung (fall out) Weißrußlands nach dem Unglück wird mit 70 vH der Bombe von Hiroshima angegeben; 55 vH des radioaktiven Niederschlags im europäischen Teil der ehemaligen UdSSR entfielen allein auf den Bezirk von Gomel [Čelovek i ekonomika, Nr. 6, 1990, S. 39].

Das kritische Nuklid ist Cäsium-137 mit einer Halbwertszeit von 30 Jahren. 1990 wurde auf einer Fläche von 46500 km² (22 vH des Territoriums der Republik) eine Cs-137-Kontaminierung des Bodens von mindestens 1 Curie/km² verzeichnet (vgl. Tabelle A7). Diese Untergrenze entspricht der höchsten Strahlenbelastung, wie sie kurzzeitig nach der Katastrophe an manchen Stellen Südbayerns gemessen wurde. 4200 km² wiesen 1990 eine Bodenkontaminierung zwischen 15 und 40 Ci/km² auf; in diesen Regionen ist die Landwirtschaft starken Beschränkungen unterworfen. Aus den Gebieten mit einer Belastung von über 40 Ci/km², die 2200 km² umfassen, soll die Bevölkerung nach Möglichkeit umgesiedelt werden. Die Landwirtschaft ist hier eingestellt worden.

Insgesamt wurden seit 1986: 260000 ha Landwirtschaftsfläche und 1,3 Mill. ha Wald der wirtschaftlichen Nutzung entzogen. Im Bezirk Gomel, wo 11 vH der Fläche eine Strahlenbelastung von über 15 Ci/km² aufweisen, dürfen 214000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche nicht bewirtschaftet werden; 27 Kolchosen und Sowcho- sen wurden aufgelöst²⁴. Die staatlichen Aufwendungen zur Bewältigung der Folgen des Reaktorunglücks von

²⁴ Čelovek i ekonomika [Nr. 8, 1992, S. 29]; Pravda vom 26.4.1991; Naučno-issledovatel'skij ... [1991, S. 121]; Kellerer [1991]; Marples [1992, S. 423].

Tschernobyl beliefen sich 1991 auf 6 Mrd. Rubel (20 vH der Staatsausgaben) [IMF, a, S. 40]. Die gesamten Folgekosten des Unglücks (Kosten für das Gesundheitssystem, Produktionsverluste) sind immens, aber kaum zu quantifizieren.

Mit der Bewältigung der Folgen von Tschernobyl ist Weißrußland offensichtlich völlig überfordert. Würden bundesdeutsche Grenzwerte zugrunde gelegt, wäre eine landwirtschaftliche Nutzung auf mindestens 20 vH der Fläche des Landes unzulässig. Westliche Hilfen sind insbesondere bei der Dekontaminierung verstrahlter Flächen, bei der Ausstattung mit zuverlässigen Strahlenmeßgeräten sowie bei der Kontrolle der Strahlenbelastung von Nahrungsmitteln erforderlich.

Luftreinhaltung

Anders als in Rußland und der Ukraine gibt es in Weißrußland keine ausgeprägten Emissionsschwerpunkte; industrielle Großemittenten fehlen. Die Schadstoffemissionen der Industrie sind von 1985 bis 1991 um 20 vH gesunken. 1991 emittierten Industrie- und Kraftwerke 100000 t Schwebstoffe, 575000 t SO₂, 100000 t NO_x, 185000 t CO und 140000 t flüchtige organische Verbindungen [Goskomstat Belarus', c, S. 297]. 36 vH der Industrieemissionen entfallen auf die Energiewirtschaft, 15 vH auf die chemische und petrochemische Industrie. Daten über die Verkehrsemissionen liegen zuletzt für 1989 vor. Sie werden mit 1,2 Mill. t CO, 250000 t Kohlenwasserstoff und 75000 t NO_x angegeben [Gosudarstvennyj komitet SSSR ..., 1990, S. 339].

Gewässerschutz

1991 wurden insgesamt 2 Mrd. m³ Abwasser in die Gewässer eingeleitet, von denen die Hälfte auch ohne Behandlung nur gering belastet waren (z.B. Kühlwasser). 90 vH des reinigungsbedürftigen Abwassers wurde den Grenzwerten entsprechend geklärt, das ist ein für die GUS-Staaten ungewöhnlich guter Wert (Rußland: 10 vH). 116 Mill. m³ waren 1991 stärker als zulässig belastet, über 80 vH entfielen hiervon auf kommunale Abwässer. Zu den mit dem Abwasser eingeleiteten Schadstoffen zählen jeweils 20000 t BSB₅ und Schwebstoffe sowie 800 t Erdölprodukte [Goskomstat Belarus', c, S. 302; Gosudarstvennyj komitet BSSR ..., 1991, S. 131].

Abfallbeseitigung

Jährlich fallen etwa 45 Mill. t Industrieabfälle an, darunter 140000 t toxische Abfälle. Ein erheblicher Teil der Industrieabfälle entsteht in der Kaliindustrie, auf deren Steinsalz- und Schlammdeponien etwa 500 Mill. t Produktionsrückstände lagern. Anlagen zur Verwertung oder zur sicheren Deponierung toxischer Abfälle fehlen derzeit noch, sie sollen bis 1995 gebaut werden [ibid., S. 68 f.].

Umweltpolitik

Zwischen 1986 und 1991 wurden im Jahresdurchschnitt 144 Mill. Rubel (in Preisen von 1991) in den Umweltschutz investiert, der Anteil an den Gesamtinvestitionen betrug lediglich 1 vH. Knapp 80 vH der Umweltinvestitionen entfielen auf den Gewässerschutz, 16 vH auf die Luftreinhaltung [Goskomstat Belarus', c, S. 6, 304].

Ebenso wie in Rußland und in anderen GUS-Staaten sind auch in Weißrußland Abgaben für Umweltverschmutzung eingeführt worden. Sie werden für Schadstoffemissionen in die Luft und die Gewässer erhoben. Die Abgaben sowie die für die Verletzung der Umweltgesetze verhängten Strafen fließen in zweckgebundene Umweltschutzfonds, die bei den lokalen Gebietskörperschaften gebildet werden [Gosudarstvennyj komitet BSSR ..., 1991, S. 92 ff.]. Die Schwachstelle dieses Abgabekonzepts besteht in der unzureichenden Emissionskontrolle.

Anhangtabellen

Tabelle A1 — Anteile der Industriebereiche an der industriellen Gesamtproduktion (vH)

	1985	1990	1991
Industrie insgesamt	100,0	100,0	100,0
Elektroenergieerzeugung	2,7	2,4	1,7
Brennstoffindustrie	5,4	4,5	4,2
Metallurgie	0,7	1,0	0,9
Maschinenbau	32,6	35,8	26,1
Chemische Industrie	9,1	9,0	7,3
Holzindustrie	4,5	4,4	4,6
Steine und Erden	3,6	3,6	3,4
Leichtindustrie	19,8	17,6	20,4
Nahrungsmittelindustrie	15,3	14,5	24,6
Sonstige	6,3	7,2	6,8

Quelle: Goskomstat Belarus' [c, S. 341].

Tabelle A2 — Schätzung der Zahlungsbilanz Weißrußlands für 1992 (Mill. US-\$)

	Nachfolgestaaten der Sowjetunion	Drittländer
Bilanz der laufenden Transaktionen	698	-71
Handelsbilanz	498	-28
Exporte	5333	924
darunter: Barter	1270 ^a	546
Importe	-4835	-952
darunter: Barter	-1158 ^a	-420
Dienstleistungsbilanz und Schuldendienst	200	-43
Transport und sonstige Dienstleistungen	142	-29
Schuldendienst ^b	0	-52
Transfers	58	38
empfangen	58 ^c	46
geleistet	0	-8
Kapitalverkehrsbilanz	0	16
Direktinvestitionen	0	7
Kredite	0	9
empfangen	0	248
geleistet	0	239 ^d
Saldo der Grundbilanz	698	-56
Finanzierung ^e	-698	56
Änderung der Aktiva der Nationalbank	0	-100
Sonderkredite an GUS-Staaten	-698	-
Finanzierungslücke	-	156

^aUnmittelbarer Warenaustausch. Der weitaus größte Teil des übrigen Handels mit den Nachfolgestaaten wird im Rahmen bilateraler Handelsverträge abgewickelt (vgl. Abschnitt I.2). — ^bZinsen, Tilgung und "unabdingbare Vorauszahlungen", deren Veranlassung nicht geklärt werden konnte. — ^cBeitrag der Russischen Föderation als Rechtsnachfolgerin des ehemaligen sowjetischen Energieministeriums zur Beseitigung der Folgen des Kernreaktorunfalls in Tschernobyl (7 Mrd. Rubel umgerechnet zum Kurs von 120 Rubel/US-\$). — ^dRechnungsabgrenzungsposten für Barter-Geschäfte: Exporte 1992, Importe 1993. — ^e(-) bedeutet Zunahme, (+) Abnahme.

Quelle: Unveröffentlichte Arbeitsunterlagen von Gosekonomplan Belarus'.

Tabelle A3 — Prognostizierter Staatshaushalt 1992 (Stand: September 1992)

Einnahmen insgesamt (Mill. Rubel)	269230,2	Ausgaben insgesamt (Mill. Rubel)	306107,9
darunter:	Anteile in vH	darunter:	Anteile in vH
Spezielle Verbrauchssteuern	8,6	Investitionen	3,8
Mehrwertsteuer	38,9	Subventionen	24,3
Gewinnsteuer	26,0	Ausgaben für das Sozial- und Bildungswesen	32,4
Einkommensteuer	7,9	Verteidigungsausgaben	4,9
Tschernobyl-Steuer	8,3	Tschernobyl-Ausgaben	12,3
Haushaltsdefizit (Mill. Rubel)	-36877,7		

Quelle: Gosudarstvennyj byudžet ... [1992]; Berechnungen des DIW.

Tabelle A4 — Bilanz der Zentralbank zum 1.1.1992 (Mill. Rubel)

Aktiva		Passiva	
1. Anlagevermögen	40,2	1. Kapitalfonds	89,9
2. Kasse	68,2	2. Reservefonds und sonstige Fonds	—
3. Wertpapiere	0,1	3. Sonderfonds	46,1
4. Devisenguthaben	0,9	4. Einlagen aus dem Staatshaushalt	1512,1
5. Forderungen an andere Banken	10214,5	5. Einlagen aus den kommunalen Haushalten	135,3
6. Guthaben auf Korrespondenzkonten	4455,8	6. Kundeneinlagen	2,1
7. Kurzfristige Kredite an Kunden	8,5	7. Verbindlichkeiten auf Korrespondenzkonten	9173,3
8. Staatsschulden	2436,9	8. Deviseneinlagen	—
9. Darlehen an das Finanzministerium	160,0	9. Guthaben von Banken	451,0
10. Factoring	—	10. Einlagen der Spargbank	2375,0
11. Forderungen aus Clearing	38665,3	11. Verbindlichkeiten aus Clearing	40063,9
12. Sonstige Aktiva	453,9	12. Sonstige Passiva	2357,8
		13. Gewinn	297,8
Summe	56504,3	Summe	56504,3

Quelle: Materialien der Zentralbank.

Tabelle A5 — Bilanz der Zentralbank zum 1.9.1992 (Mill. Rubel)

Aktiva		Passiva	
1. Kasse	381,2	1. Kapitalfonds	500,0
2. Devisenguthaben	85,7	2. Reservefonds und sonstige Fonds	200,4
3. Wertpapiere	0,1	3. Fonds zur Kreditmittelregulierung	5746,1
4. Forderungen an andere Banken	135483,5	4. Einlagen aus dem Staatshaushalt	4049,3
5. Forderungen an das Finanzministerium	7900,0	5. Verbindlichkeiten auf Korrespondenzkonten	21238,5
6. Staatsschulden	2380,5	6. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Zentralbanken	96667,2
7. Grundmittel der Bank	78,3	7. Guthaben von Banken	72,4
8. Forderungen aus Clearing	430902,8	8. Einlagen der Spargbank	5750,0
9. Zwischenstaatliche Kredite	40000,0	9. Verbindlichkeiten aus Clearing	477220,8
10. Sonstige Aktiva	28524,7	10. Gewinn	1618,0
		11. Sonstige Passiva	32674,1
Summe	645736,8	Summe	645736,8

Quelle: Materialien der Zentralbank.

Tabelle A6 — Struktur der Einkommen von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten 1990 und 1991 (vH)

	1990	1991
Löhne und Gehälter	75,8	65,5
Renten, Stipendien, Zuwendungen für Kinderbetreuung und Kuren	9,3	18,3
Einkommen aus selbständiger Tätigkeit	3,2	3,7
Einkommen aus anderen Quellen	11,7	12,5

Quelle: Goskomstat Belarus' [c].

Tabelle A7 — Mit Cäsium-137 kontaminierte Bodenfläche in Weißrußland

Strahlenbelastung in Curie/km ²	in 1000 km ²		in vH zur Gesamtfläche	
	Weißrußland insgesamt	Bezirk Gomel	Weißrußland insgesamt	Bezirk Gomel
1 bis 5 Ci/km ²	29,9	16,9	14,4	41,8
über 5 bis 15 Ci/km ²	10,2	6,7	4,9	16,6
über 15 bis 40 Ci/km ²	4,2	2,8	2,0	6,9
über 40 Ci/km ²	2,2	1,6	1,1	4,0
Insgesamt über 1 Ci/km ²	46,5	28,0	22,4	69,3
darunter: über 5 Ci/km ²	16,5	11,1	7,9	27,5

Quelle: Čelovek i ekonomika [Nr. 8, 1992, S. 29].

Literaturverzeichnis

- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW), Institut für Weltwirtschaft, Kiel (IWW), Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Die wirtschaftliche Lage Rußlands und Weißrußlands. Systemtransformation am Scheideweg. Erster Bericht. Institut für Weltwirtschaft, *Kieler Diskussionsbeiträge*, 193/194, Oktober 1992. — Dieser Bericht wurde auch im DIW-Wochenbericht, 42/92, und in der IWH-Forschungsreihe, 3/92, veröffentlicht.
- Goskomstat Belarus' [a], *Dannye ob eksporte i importe po Respublike Belarus' za janvar'—avgust 1992 goda*. Minsk 1992.
- [b], *Dannye ob eksporte i importe tovarov vnešnetorgovymi i vnešneekonomičeskimi ob'edinenijami, vnešnetorgovymi firmami, predprijatijami i organizacijami za janvar'— jun' 1992 goda po Respublike Belarus'*. Minsk 1992.
- [c], *Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1991 g.* Minsk 1992.
- [d], *Osnovnye pokazateli raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar'— avgust 1992 goda*. Minsk 1992.
- Goskomstat SSSR, "Ekonomičeskie vzaimosvjazi respublik v narodnochozjajstvennom komplekse". *Vestnik statistiki*, 1990, Nr. 3, S. 36–53.
- , *Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1990 g.* Moskau 1991.
- Gosudarstvennyj bjudžet Respubliki Belarus' na 1992 god*. Minsk 1992, unveröffentlicht.
- Gosudarstvennyj komitet BSSR po ekologii, *Sostojanie i ochrana prirodnoj sredy v Belorusskoj SSR. Spravočno-statističeskij sbornik*. Minsk 1991.
- Gosudarstvennyj komitet SSSR po gidrometeorologii, *Ežegodnik sostojanija zagrjaznenija vozducha i vybrosov vrednych veščestv v atmosferu gorodov i promyšlennych centrov Sovetskogo Sojuza. Tom "Vybrosy vrednych veščestva" 1989 g.* Leningrad 1990.
- Granberg, Aleksandr, "Mežrespublikanskije ekonomičeskie svjazi". *Vestnik Rossijskoj Akademii Nauk*, 1992, Nr. 2, S. 3–14.
- International Monetary Fund (IMF) [a], *Belarus. Economic Review*. Washington 1992.
- [b], *Common Issues and Interpublic Relations in the Former U.S.S.R. Economic Review*. Washington 1992.
- Kellerer, A.M., "Zur Situation der vom Reaktorunfall betroffenen Gebiete der Sowjetunion". *Atomwirtschaft*, Vol. 36, 1991, S. 118–124.
- Makaed, I.A., *Nalogi i sbory v Respublike Belarus'*. Minsk 1992.
- Marples, David, "Post-Soviet Belarus and the Impact of Chernobyl". *Post-Soviet Geography*, Vol. 33, 1992, S. 419–431.
- Naučno-issledovatel'skij ekonomičeskij institut Gosekonomplana BSSR, *Regional'nye problemy social'no-ekonomičeskogo razvitija Belorusskoj SSR. Sbornik naučnych trudov*. Minsk 1991.

PlanEcon, Inc. [a], Aggregate Economic Developments in the Fifteen Former Soviet Republics, 1980–91: First Release Ever of Comprehensive National Income Statistics. *PlanEcon Report*, Vol. 8, No. 11–13. Washington 1992.

— [b], Russian Foreign Trade Performance during the First Half of 1992 and a Review of Commodity Composition of Trade of Member Republics in 1991. *PlanEcon Report*, Vol. 3, No. 30–31, Washington 1992.

Radio Free Europe, Radio Liberty, *Research Report*, No. 33, München 1992.

Sbornik zakonov po nalogooblaženiju. Minsk 1992.

Schrader, Klaus, Claus-Friedrich Laaser, Kompromisse statt Marktwirtschaft — Reformdefizite in der Russischen Föderation, der Ukraine, Weißrußland und den baltischen Staaten. Institut für Weltwirtschaft, *Kieler Diskussionsbeiträge*, 186/187, Juni 1992.

Sovet ekonomičeskich ekspertov Gosekonomplana Respubliki Belarus', *O social'no-ekonomičeskich processach v Respubliki Belarus' v pervom kvartale 1992 g.*, *Analitičeskij doklad*. Minsk 1992.

Svindland, Eirik, *Gestörte Handelsbeziehungen zwischen GUS-Staaten: Was können sie handelspolitisch dagegen tun?* DIW, Berlin 1992, als Manuskript vervielfältigt.

VWD-Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH, "Weißrußland benennt Investitionsschwerpunkte." *VWD-Osteuropa*, Nr. 31, 16. Juli 1992, S. 8.